



Expertin: "Superkriminalisierung" von queeren Lebensweisen in Afrika

Menschenrechtsanwältin Gaitho sieht Zusammenhang von Faschismus-Aufstieg und Anti-Gender-Bewegung - Westen sei auch an Lage in Afrika beteiligt

In Afrika könne man derzeit eine "Superkriminalisierung" von queeren Lebensweisen beobachten, sagt Menschenrechtsanwältin und Rechtswissenschaftlerin Waruguru Gaitho im APA-Gespräch am Mittwoch. "In diesem Zusammenhang sehen wir entweder die Einführung neuer Gesetze" oder "wir beobachten eine Verschärfung der Strafen von bereits bestehenden Gesetzen zur Kriminalisierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen."

Ein aktuelles Beispiel ist Burkina Faso: Das von einer Militärjunta regierte Land hatte erst Anfang September 2025 ein Gesetz zum Verbot homosexueller Handlungen verabschiedet. Dieses sieht Haftstrafen zwischen zwei und fünf Jahren sowie Geldstrafen vor. Mit dem Schritt reiht sich das westafrikanische Land in eine Reihe afrikanischer Staaten ein, die Gesetze gegen Homosexuelle verabschiedet haben - wie beispielsweise Uganda im Jahr 2023. Laut Gaitho, die derzeit in Kenia und Südafrika zu queeren Widerständen und Protesten forscht, werden in Ländern, die Homosexualität bereits entkriminalisiert hatten, wieder härtere Strafgesetze eingeführt und Homosexualität kriminalisiert.

Diese Entwicklung sei Teil eines globalen Phänomens, welches seit fast einem Jahrzehnt strategisch vorangetrieben werde. Verbunden wäre dies laut der Rechtswissenschaftlerin mit der globalen politischen Lage: "Wir stellen nicht unbedingt einen starken Zusammenhang zwischen dem Aufstieg des globalen Faschismus und dem Aufstieg der globalen Anti-Gender-Bewegung her, aber ich denke, dass hier ein entscheidender Zusammenhang besteht, den wir herstellen müssen", so Gaitho, die sich für eine Paneldiskussion des VIDC (Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation) rund um Friedenspolitik in Wien befand.

Beteiligung des Westens

Unter anderem würden westliche Akteure christliche Konservative in Afrika zusammenbringen und sie unterweisen, wie diese Gesetzesentwürfe ins Parlament einbringen und welche Formulierungen sie dabei verwenden sollen. Konservative würden

ihnen eine Art Handbuch zur Verfügung stellen. "Wir sehen, dass sich Episkopale aus den Vereinigten Staaten und verschiedene Evangelikale daran beteiligt haben. Es gibt Gruppen christlicher Konservativer, aber auch weiße Rassisten, die diesen ideologischen Krieg aus dem Westen nach Afrika gebracht haben.

"Afrika ist tatsächlich der Hauptschauplatz der Auseinandersetzungen, auf dem westliche Mächte und andere Machthaber ideologische, wirtschaftliche, politische und rechtliche Kriege führen." Laut Gaitho müsse man sich unter anderem die Frage stellen: "Warum interessieren sich konservative Episkopale so sehr dafür, ob in Uganda ein Gesetz gegen Homosexualität verabschiedet wird?"

Widerstand der LGBTQ-Community

In diesem Zusammenhang müsse man auch einen Blick auf Widerstandsbewegungen werfen. In Kenia setzte man sich bereits seit sehr langer Zeit für die Entkriminalisierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen ein. Diese Initiativen werden größtenteils von Aktivistinnen angeführt. Das Strafgesetzbuch in Kenia kriminalisiere laut Gaitho gleichgeschlechtliche Beziehungen zwischen Frauen zwar nicht direkt, aber es wären dennoch Frauen der LGBTQ-Community, die den Kampf gegen die Kriminalisierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen anführen.

Das liege vor allem daran, dass sie wissen, wie sich Gesetze auf politische und soziale Normen im Allgemeinen auswirken. "Wir verstehen, dass es genauso gewalttätig ist, wenn das Gesetz dich kriminalisiert, wie wenn es dich unsichtbar macht." Dies sei auch "das Großartige und Schöne am schwarzen feministischen Denken: Keiner von uns frei ist, bis wir alle frei sind", so Gaitho.

Feministische Außenpolitik

Auf die Frage, welche Rolle feministische Außenpolitik in diesem Zusammenhang spielen kann, sieht die Wissenschaftlerin sowohl im Bereich der Diplomatie als auch bei Entwicklungsfinanzierung eine ganz konkrete Chance - "vor allem bei wohlhabenden westlichen Ländern, die sich mit ihrer Geschichte der Kolonialisierung und imperialen Herrschaft auseinandersetzen müssen."

"Ich denke, hier bietet sich eine ganz besondere Gelegenheit, als Sprachrohr für Bewegungen vor Ort zu fungieren, die sich für einen Normwandel und für rechtliche Veränderungen in ihrem eigenen Kontext einsetzen", so Gaitho. Länder, die eine feministische Politik verfolgen, könnten sich aktiv positionieren. "Sie können eingreifen und sagen: Im Rahmen unserer diplomatischen Verpflichtungen lehnen wir es ab, die Einführung eines Gesetzes gegen Homosexualität in Ihrem Land zu unterstützen. Oder: Wir lehnen es ab, Organisationen zu

unterstützen, die beispielsweise mit Gruppen in Verbindung stehen, die sich für ein solches Gesetz einsetzen."

(Das Interview führte Katharina Pagitz/APA)

fpk/mhh/tes